

Die Macht, die Medien und die Moral

von
Klaus Poggendorf

I Die Machtbalance

Die wesentlichen Merkmale einer Demokratie sind der Wechsel in der Regierungsverantwortung zwischen politisch konkurrierenden Parteien nach freien Wahlen und die Verteilung der Macht auf Institutionen, die sich kontrollieren. So wird die Exekutive durch das Parlament überwacht und die Gesetzgebung geleitet und beide durch eine unabhängige Justiz auf ihr verfassungs- und rechtmäßiges Handeln kontrolliert. Diese Machtbalance soll staatliche Willkür verhindern und die Freiheit des Einzelnen oder von Gruppen sichern.

Ein weiteres die Freiheit schützendes und Machtmissbrauch eingrenzendes Element im demokratischen Zusammenleben sollen die Medien sein. Nun beschränkt sich die Rolle der Medien nicht nur auf diese Wächterfunktion oder die Aufgabe, die Bevölkerung zu informieren und zu unterhalten. Sie sind auch nicht nur ein Forum der politischen Auseinandersetzung oder Mittler zwischen den Fronten. Die in der Medienlandschaft Tätigen sind auch Akteure, die mit Parteien, Verbänden und staatlichen Instanzen um politischen Einfluss auf die öffentliche Meinung ringen, die wiederum für Wahlentscheidungen und damit darüber ausschlaggebend sein kann, wer künftig Macht im Staat ausübt. Bei diesem Ringen verschieben sich die machtpolitischen Gewichte ständig, bedingt u.a. durch die technische Entwicklung. Im 19. und zu Beginn der 20. Jahrhunderts erfolgte die Kommunikation mit der Bevölkerung und damit die Einflussnahme auf die öffentliche Meinung durch Reden, Bilder, Plakate, Bücher, Zeitungen und später Filme. Innerhalb des Zeitungsmarktes gab und gibt es einflussreiche Verlagskonzerne. Die gegenwärtig auflagenstärksten sind die Axel Springer AG, gefolgt von der Südwestdeutschen Medien Holding der Westdeutschen Allgemeinen Zeitung (WAZ)-Mediengruppe und Du Mont Schauberg, um die vier Größten zu nennen. Die Tageszeitungen erreichen noch 54 Prozent der Bevölkerung; davon die Bildzeitung etwa 15 Prozent. Die Auflagen der Printmedien gehen jedoch zurück.

Während der Einfluss der Printmedien auf die öffentliche Meinung schwindet, nimmt der des Fernsehens mit einer wesentlich größeren Reichweite zu. Es erreicht Tag für Tag ca. 85 Prozent der Bevölkerung. Dabei wirkt die bewegende Kraft der Bilder, sei es bei Terrorangriffen auf das World Trade Center in New York oder bei Naturkatastrophen, wesentlich nachhaltiger als das geschriebene Wort.

Fest steht nach allem, dass sowohl das Fernsehen als auch die Printmedien einen erheblichen Einfluss darauf haben, welche politischen Themen gewichtet werden und wie. Sie entscheiden darüber, welche Probleme oder Themen unabhängig von ihrer Bedeutung unbeachtet bleiben sowie welche Eigenschaften von Politikern und welche Stimmungslagen wahrgenommen werden. Im Zeitalter wachsenden Medienkonsums durch die Bevölkerung verlieren die herkömmlichen Machtträger wie Parteien und Verbände an Einfluss, während der der Medien steigt. Diese Verschiebung der machtpolitischen Gewichte veranlasst viele, von der vierten Gewalt oder einer Mediokratie zu sprechen. Wie bei jeder Gewalt besteht auch bei der medialen die Gefahr des Machtmissbrauchs. Damit stellt sich die Frage: Wie lässt sich ein solcher verhindern? Die Ansammlung medialer Macht kann durch die Konzentration von Printmedien und verschiedener Fernseh- und Rundfunkanstalten auf wenige Medienkonzerne erfolgen.

Um das zu verhindern, gelten im Pressebereich verschärfte wettbewerbsrechtliche Vorschriften. Fusionen werden hier schärfer als in anderen Branchen auf ihre Folgen für den Wettbewerb vom Bundeskartellamt geprüft und gegebenenfalls untersagt. Damit wurde in den siebziger Jahren des vorigen Jahrhunderts die Konzentrationswelle im Zeitungsbereich abgebremst. Für die Rundfunk- und Fernsehanstalten gelten eigene Fusionsregel. Sie sehen vor, dass kein privater Anbieter mit all seinen Sendern mehr als 25 Prozent Marktanteile erreichen darf. Die Konzentration medialer Macht auf wenige Konzerne ließ sich auf diesem Weg zwar nicht verhindern, aber doch eingrenzen.

Zwar gab und gibt es Medienzaren, wie in der Weimarer Republik Alfred Hugenberg oder nach dem 2. Weltkrieg Axel Springer oder Rupert Murdoch, die Einfluss auf die Politik nahmen und nehmen. Bei dem Urteil über deren Macht darf m.E. aber nicht unberücksichtigt bleiben, dass die Konzerneigner auch am ökonomischen Wert ihrer Unternehmen interessiert sind, d.h. bei den Printmedien an der Auflagenhöhe und beim Fernsehen an den Zuschauerquoten, von denen wiederum der durch Anzeigen und Werbung zu erzielende Gewinn abhängt. Eine Berichterstattung, die diesen ökonomischen Wert nicht gefährdet oder ihn sogar erhöht, lässt den Journalisten nach meiner Einschätzung genügend Spielraum für die Ausübung ihrer Tätigkeit. Also können auch sie einen nicht unerheblichen Einfluss auf die öffentliche Meinung nehmen. Die Grenzen ihres Einflusses sind durch die in Artikel 5 des Grundgesetzes garantierte Freiheit der Meinungsäußerung und Berichterstattung weit gezogen und nur in der geltenden Rechtsordnung zu finden, etwa in Vorschriften zum Schutz der öffentlichen Ordnung, der Jugend, der persönlichen Ehre oder der Privatsphäre. Der Einfluss eines einzelnen Journalisten ist jedoch begrenzt. Er hängt bei den Printmedien von der Höhe der Auflage seiner Zeitung und ihrer Verbreitung ab.

Regionalzeitungen haben nur einen begrenzten und bundesweit vertriebene Zeitungen einen wesentlich größeren Einfluss. Aber auch eine auflagenstarke überregional verbreitete Zeitschrift übt nur einen begrenzten politischen Einfluss aus, so lange es gleichstarke Konkurrenten auf dem Markt gibt, die eine andere politische Richtung vertreten und dem Leser dabei andere Informationen und Anschauungen liefern. Mit anderen Worten : Die Vielfalt der Zeitschriften, die Unterschiedlichkeit der von ihnen vertretenen politischen Grundhaltungen geben dem Leser die Chance, sich eine eigene Meinung zu bilden, können ihn vor Manipulationen schützen und grenzen die Macht der Printmedien ein. Die Balance zwischen konservativ, liberal oder links eingestellten Journalisten und der durch sie beeinflussten Berichterstattung ist vor allem für das Fernsehen wichtig, weil das immerhin 85 Prozent der Bevölkerung täglich erreicht und von dieser im Durchschnitt drei Stunden u.a. auch als Informationsquelle in Anspruch genommen wird. Die Vielfalt der Meinungen und Gedanken muss auch hier ein wichtiges und für eine lebendige Demokratie unentbehrliches Element bleiben. Bei dem Verlust dieser Vielfalt droht die aus sozialistischen Staaten bekannte Uniformität des Denkens mit einem unkontrollierbaren Machtzuwachs der Medien. Diese Gefahr besteht durch eine Zunahme weltanschaulich links orientierter Journalisten in der Medienlandschaft.

II ‚Moral‘ als Waffe gegen Andersdenkende

Nach einer im Auftrag des deutschen Fachjournalistenverbandes und der Gesellschaft für Fachjournalistik von der Freien Universität Berlin erarbeiteten Studie bekannten knapp 46,6 Prozent der befragten Journalisten offen ihre Sympathien für die SPD, Grünen und die Partei Die Linke, während lediglich ca. 16,4 Prozent den Parteien CDU, CSU und FDP zuneigten und sich ca. 36 Prozent keiner Partei enger verbunden fühlte [1]. Dabei ist nicht die Zahl linker Journalisten, sondern die moralische Überlegenheit, die sie sich und ihrer Meinung ge-

genüber Andersdenkenden attestieren, das Problem. Während sie in einer von ihnen als böse empfundenen Welt gegen Faschismus, Krieg, Gewalt, gesellschaftliche Missstände und für deren Opfer oder solche, die sie dafür halten kämpfen, sind Konservative in ihren Augen. Anwälte des Kapitals, der Geldgier und der Ausbeutung. Nun sind Hinweise auf moralische Werte bei wichtigen das Zusammenleben der Menschen beeinflussenden Entscheidungen erforderlich und akzeptabel, wenn sie zugleich mit Vernunft gepaart sind und mit aus dieser hergeleiteten Argumenten einhergehen. Eine echte Diskussion, also der Austausch unterschiedlicher Ansichten wird aber unmöglich, wenn eine andere Meinung als die eigene nicht als unrichtig, sondern zugleich als böse und die eigene nicht nur als richtig, sondern darüber hinaus auch als gut und für moralisch unanfechtbar befunden wird. Diese Tendenz, in bestimmten Bereichen des öffentlichen Interesses wie Faschismus, Nationalismus, Gentechnik, Atomkraft, Eingriffe in Natur und Landschaft nur noch eine Meinung zu dulden und auf abweichende mit moralischer Empörung zu reagieren, zeigt sich seit einiger Zeit verstärkt bei der Berichterstattung und Diskussion in den Medien. Sie hat unter dem Begriff **POLITICAL CORRECTNESS (PC)** Eingang in den neudeutschen Wortschatz gefunden.

Der Journalist Dieter E. Zimmer schreibt hierzu in der Wochenzeitschrift **DIE ZEIT** unter der Überschrift : „PC oder: Da hört die Gemütlichkeit auf“ u.a.: *„Wer das Lager der PC in einem Punkt verlässt, wird sofort in das Feindeslager verwiesen. Andersdenkende werden stigmatisiert mit dem Etikette menschenverachtend. Der Komparativ heißt rechts, hinter dem lauert der Superlativ faschistisch. Wo immer PC Rassismus, Sexismus, Nationalismus diagnostiziert, geschieht es in Deutschland zur Faschismusprophylaxe, das macht sie moralisch unangreifbar“* [2]. Dieser Faschismusprophylaxe begegnet man in den Medien beinahe täglich.

Obwohl in Deutschland nur ein verschwindend geringer Teil der deutschen Bevölkerung im Verdacht steht, vom faschistische Gedankengut infiziert zu sein, werden wir ständig in den Fernsehnachrichten mit Bildern und Berichten über NPD-Aufmärsche und Gegendemonstrationen von oft nur wenigen hundert Personen versorgt. Diese sich immer wiederholenden Sendungen sind von einer Monotonie, die stark an die des DDR -Fernsehens mit seinen einschläfernden politischen Parolen erinnert.

Die Gnadenlosigkeit, mit der politisch korrektes Verhalten eingefordert und durchgesetzt wird, konnte man bei der moralischen Hinrichtung beobachten, die die politischen Tugendwächter an der ehemaligen Tagesschausprecherin und Fernsehmoderatorin Eva Herman vollzogen. Die hatte öffentlich darüber geklagt, dass Mütter, Kinder und Familien gegenwärtig eine wesentlich geringere Wertschätzung als zur Zeit des Nationalsozialismus genossen. Eva Herman machte mit dieser Äußerung in den Augen der Linken zwei entscheidende Fehler. Sie entdeckte einmal am Nationalsozialismus, den sie grundsätzlich ablehnte, mit dem Mutterkult eine positive Seite und stellte zum anderen das Ideal der Linken von der emanzipierten, sich im Berufsleben selbstverwirklichenden Frau in Frage.

Daraufhin brauste ein Sturm der Entrüstung aus dem linken Lager über sie hinweg. Der NDR kündigte im September 2007 den mit ihr geschlossenen Arbeitsvertrag. Am 9. Oktober 2007 war sie neben der Schauspielerin Senta Berger, der Fernsehmoderatorin Margarethe Schreinemakers und dem Historiker Wolfgang Wippermann Gast in einer Talkshow von Johannes B. Kerner. Dieser thematisierte Hermans umstrittene Äußerungen. Sie stieß mit diesen bei der Mehrzahl der Gesprächsteilnehmer auf empörte Ablehnung. Kerner wies sie schließlich nach 53 Minuten aus dem Senderraum. Als Eva Herman in ihrem Buch mit dem Titel **DAS EVA-PRINZIP** ihre Vorstellungen über die Rolle der Mutter und Familie in der Gesellschaft wiederholte, berichtete die TAZ hierüber unter der Schlagzeile *„Das Eva-Braun-Prinzip“*. Für Alice Schwarzer lag die Ideenwelt von Eva Herman zwischen Steinzeitkeule und Mutterkreuz und

die Bundesvorsitzende Sozialdemokratischer Frauen, Elke Ferner, kritisierte Hermans Vorstellungen mit dem Hinweis auf das Schicksal jüdischer Familien und anderer Verfolgter während der nationalsozialistischen Herrschaft

Nun muss man die Auffassung von Frau Herman nicht teilen und hätte sie in einer sachlichen Diskussion darauf hinweisen können, dass das von ihr in der Gegenwart vermisste Mutterbild nicht nur in der Zeit des Nationalsozialismus, sondern auch im deutschen Kaiserreich hoch im Kurs stand. Sie aber wegen der positiven Beurteilung der nationalsozialistischen Familienpolitik gleich zur persona non grata zu erklären und aus sämtlichen Fernsehstudios zu verbannen, bedeutete, ihr das Recht abzuerkennen, eine andere als die in linken Kreisen vorherrschende Meinung zu vertreten. Hinzu kommt, dass die Empörung über tatsächliche oder vermeintliche Sympathisanten des Nationalsozialismus unter Hinweis auf seine Opfer unaufrichtig ist, solange man Sympathien für kommunistische Diktaturen nicht genau so entschieden entgegen tritt und deren Opfer die gleiche Anteilnahme erweist. Der moralische Eifer linker Journalisten erlahmt aber schnell, wenn es um Verbrechen kommunistischer Diktatoren geht. So konnte Sahra Wagenknecht, Mitglied der Partei Die Linke, weitgehend unbehelligt in den Weißenseer Blättern über Stalin schreiben:

„ Nicht zu leugnen ist, dass Stalins Politik in ihrer Ausrichtung, ihren Zielen und wohl auch in ihrer Herangehensweise als prinzipientreue Fortführung der Leninschen gelten kann“. Weiter heißt es : Und was immer man – berechtigt oder unberechtigt – gegen die Stalinzeit vorbringen mag, ihr Ergebnis waren jedenfalls nicht Niedergang und Verwesung, sondern die Entwicklung eines um Jahrhunderte zurückliegenden Landes in eine moderne Großmacht während eines weltgeschichtlich einzigartigen Zeitraums, damit die Überwindung von Elend, Hunger, Analphabetismus, halbfeudaler Abhängigkeiten und schärfster kapitalistischer Ausbeutung; schließlich die über Hitlers Heere, die Zerschlagung des deutschen und europäischen Faschismus sowie die Ausweitung der sozialistischen Gesellschaftsverhältnisse über den halben europäischen Kontinent.“

Sahra Wagenknecht beklagt in diesem Artikel ferner die Verurteilung des Stalinismus auf dem 20. Parteitag der KPdSU und bezeichnet diese Politik als *„Gegenstalinismus und Übergangsideologie, um die vollständige Abkehr von den Grundlagen und Begrifflichkeiten des Marxismus vorzubereiten und einzuleiten“* [3].

In diesen Ausführungen findet man kein Wort über die Millionen Menschen, die auf Befehl Stalins in den Arbeitslagern, dem GULAG, willkürlich hingerichtet wurden oder die infolge der Kollektivierung der Landwirtschaft und der Deportation der Kulaken verhungert sind. Man stelle sich vor, jemand hätte ein ähnliches Loblied für Hitler angestimmt, wie Sahra Wagenknecht für Stalin. Die Person hätte in der Bundesrepublik um lebenslangen Polizeischutz oder im Iran um Asyl bitten müssen. Im Gegensatz hierzu kann Frau Wagenknecht als Vorstandsmitglied der Linken eine nicht unwesentliche Rolle im politischen Leben der Bundesrepublik spielen und ist ein gern gesehener Gast in Talkshows des deutschen Fernsehens. Erhebliche graduelle Unterschiede machen die Linken auch bei der Beurteilung der politischen Vergangenheit der auf der politischen Bühne oder sonst in der Öffentlichkeit Agierenden.

Während z.B. der ehemalige Bundeskanzler Kurt Georg Kiesinger (CDU) sich wegen seiner Mitgliedschaft in der NSDAP heftiger Kritik ausgesetzt sah und dafür von der heute als linke Ikone verehrten Beate Klarsfeld geohrfeigt wurde, wird die Tatsache, dass der ehemalige Bundesumweltminister Jürgen Trittin (Grüne) während seiner Studienzeit dem Kommunistischen Bund angehörte und den Vorsitzenden der kommunistischen Partei Chinas Mao-Tse-Tung verehrte, als lässliche Jugendsünde angesehen. MAO ist immerhin für den Tod von Mil-

lionen Chinesen verantwortlich! „Irgendwie gelten die Leichen, die der Kommunismus hinterlassen hat, immer noch als bedauerlicher aber, entschuldbarer Betriebsunfall der Geschichte“ kennzeichnet Jan Fleischhauer diese Doppelmoral der Linken treffend [4].

Mit der Absicht, in unserer Gesellschaft eine multikulturelle Idylle zu etablieren, schufen die Linken auch eine Schutzzone gegen Kritik an dem Verhalten von Ausländern. Eine Erfahrung, die Thilo Sarrazin machte, als er in seinem Buch „Deutschland schafft sich ab“ darauf hinwies, dass viele der Migranten aus der Türkei, dem Nahen Osten und Afrika nach Deutschland wegen der hier gebotenen hohen Sozialleistungen kommen und nicht weil sie politisch verfolgt werden. Der durch die deutsche Sozialhilfe im Vergleich zu ihren Heimatländern ermöglichte hohe Lebensstandard halte sie davon ab – so Sarrazin – zu arbeiten und die hierfür erforderlichen Sprachkenntnisse zu erwerben. Das sei die Ursache für die mangelnde Integrationsfähigkeit und die in den deutschen Großstädten entstehenden Parallelgesellschaften mit orientalischen bzw. afrikanischen Sitten.

Als der Inhalt dieses Buche bekannt wurde, belegten die medialen Tugendwächter Sarrazin mit dem Bannfluch der Fremdenfeindlichkeit, der Hetze, der Spaltung der Gesellschaft und Menschenverachtung. So titelte die BERLINER MORGENPOST vom 24.10.2011 : „Sarrazin geht es nur um Spaltung“, die FINANCIAL TIMES nannte ihn „einen Dauerquerulanten“ und der BERLINER KURIER berichtete über das Buch mit der Schlagzeile: „ Sarrazin, reich durch Hetze“. Wie groß die Macht diese Meinungskartells ist, zeigte das Verhalten der Politiker, die sich von den Medien in die gewünschte Richtung treiben ließen. So kommentierte die Bundeskanzlerin, Angela Merkel, das Buch, ohne es gelesen zu haben, mit dem Satz : „Es sei nicht sehr hilfreich“. Ein klägliches Verhalten mit wenig Respekt vor der Meinungsfreiheit zeigte auch der SPD-Vorsitzende Siegmар Gabriel, der den Ausschluss des SPD-Mitgliedes Sarrazin aus der Partei forderte. Das Ausschlussverfahren wurde tatsächlich eingeleitet und endete mit der Einstellung, einem für Herrn Gabriel peinlichem Ergebnis. Die Tatsache, dass Sarrazin physisch bedroht wurde und Personenschutz benötigte, macht deutlich, wie wenig die Meinungsfreiheit in diesem Land gilt, wenn sie dem Zeitgeist im Wege steht. Dass Sarrazins Buch monatelang an der Spitze der Bestsellerlisten stand und von über 1 Million Menschen gekauft wurde, macht deutlich, dass der linke Zeitgeist weniger im Volk und mehr in den Redaktionsstuben linker Journalisten beheimatet ist

Kein Zweifel wird in den Medien auch gegen die Auffassung zugelassen, dass die Industriegesellschaft selbstzerstörend ist. So kommentierte der Journalist Joachim Zießler in der LANDESZEITUNG FÜR DIE LÜNEBURGER HEIDE vom 4.4.2012 die bevorstehende Elbvertiefung im Raum Hamburg als weitere Etappe im 250 jährigen Kampf der Menschen gegen die Natur und bringt damit eine in Journalistenkreisen weit verbreitete Geisteshaltung zum Ausdruck, die z.B. auch die Auseinandersetzung um das Waldsterben in den 80iger und 90iger Jahren des vorigen Jahrhunderts bestimmte. Nach der damaligen vom Fernsehen und den Printmedien verbreiteten Annahme gelangten die in die Atmosphäre abgegebenen schwefelhaltigen Abgase als sogenannter saurer Regen zurück auf die Erde und verseuchten diese mit der Folge eines breitflächigen Waldsterbens. Damals jagte eine Horrormeldung die andere. Die Medien malten ein ökologisches Hiroshima an die Wand. Das Wochenmagazin DER SPIEGEL verkündete, dass das ganze Land sich binnen 5 Jahre in eine kahle Steppe verwandeln würde [5]. Die Illustrierte STERN verschreckte die Öffentlichkeit mit der Formulierung : „Die Reihen der Bäume lichten sich wie Armeen unterm Trommelfeuer“ [6].

Diese Art der Berichterstattung fand eine breite Resonanz in großen Teilen der deutschen Bevölkerung, weil die Deutschen ein besonders inniges Verhältnis zum Wald und eine tief greifende Angst vor der Entfremdung von der Natur durch Technik und Industrialisierung haben.

Während der Kampagnen gegen das Waldsterben fanden damals nur Forstwissenschaftler bei den Medien Gehör, die in den Schwanengesang über den bevorstehenden Tod des deutschen Waldes einstimmten. Wissenschaftler, die der angeblich drohenden Apokalypse mit Gegenargumenten widersprachen, kamen nicht zu Wort. Mittlerweile weiß man, dass es sich bei dem angeblichen Waldsterben um Ideologie und nicht um Realität handelt. Das beweist die Tatsache, dass der deutsche Wald 25 Jahre nach der Ankündigung seines bevorstehenden Unterganges üppiger wächst denn je.

Die Berichterstattung über das Waldsterben ist ein Beispiel für die Unsitte, aus der Diskussion über ein der Tabuzone zugeordnetes Thema die Vernunft zu vertreiben und sie durch moralisierend Glaubensbekenntnisse zu ersetzen. „*Wer sein Argument mit höheren Weihen ausstattet, immunisiert es gegen Widerspruch*“ beschreibt die Publizistin Cora Stephan treffend diese Methode in einem Essay mit der Überschrift: EROS DER FREIHEIT [7]. Als hohe Priester für diese Weihen fungieren Vertreter von Organisationen, denen viele Menschen eine moralische Integrität zuschreiben, wie der evangelischen Kirche, Greenpeace oder dem Bund für Umwelt – und Naturschutz Deutschland (BUND). Mit ihren Hinweisen auf die Bibel, den Schutz der Natur oder der Menschheit vor den Gefahren der technischen und industriellen Entwicklung segnen sie den Kampf gegen die Atom- und Gentechnik oder andere technische und wissenschaftliche Neuerungen ab. So sieht die evangelische Kirche in dem Kampf gegen die kommerzielle Nutzung der Kernenergie, die Erfüllung des biblischen Auftrags, Gottes Schöpfung zu bewahren. Diesen Kampf als göttlichen Auftrag zu stilisieren bedeutet, jeden mit einer anderen Meinung zur Kernkraft aus der christlichen Gemeinschaft auszuschließen und, dass wir Deutsche uns wieder einmal nicht nur für klüger, sondern auch für verantwortungsvoller bei der Erfüllung unserer religiösen Pflichten halten als die 31 Nationen, in deren Länder insgesamt 442 Kernkraftwerke betrieben, 62 neue gebaut und 287 neue geplant werden (Quellen: ATW, Atomwirtschaft, FAZ). Der missionarische Eifer, mit dem wir die Welt von unserer Auffassung, sei es bei der Kernkraft oder dem Umweltschutz, überzeugen wollen, ist ein nationaler Charakterzug, der uns schon wiederholt zur internationalen Plage werden ließ. Dabei ist der Ausstieg aus der Kernenergie in erster Linie das Ergebnis deutscher Angst, die nach Thea Dorn und Richard Wagner in dem Buch DIE DEUTSCHE SEELE ihre tiefste Quelle in der Entfremdung von der Natur hat. Beide führen hierzu aus :

„Der Satz : Ich habe Angst, gilt hierzulande als Argument und zwar nicht als irgendeines, es besitzt die Wucht einer Letztbegründung. Nur oberflächliche Unmenschen wollen darüber diskutieren, ob die Angst eine reale Quelle hat, sich auf eine konkrete, unmittelbare Bedrohung bezieht oder dem gleicht, was der Psychoanalytiker als Angstneurose bezeichnet. Wer Angst empfindet ist im Recht. Wer unbeirrt an seiner Angst festhält, obwohl es nüchterne Gründe gäbe, sich von ihr zu verabschieden, beweist Charakterstärke“ [8].

Die Angst wird in Deutschland nicht nur gepflegt, sondern auch von den Medien und Politikern instrumentalisiert. Tatsächliche oder vermeintliche Katastrophen haben nun mal einen großen Unterhaltungswert, allerdings nur im Lehnstuhl aus sicherer Entfernung betrachtet, und sorgen für hohe Zuschauerquoten und Auflagen. Den Politikern dient sie als willkommene Gelegenheit, den Menschen anzubieten, sich von ihr für den Fall zu befreien, dass sie ihnen mit ihrer Stimme bei der nächsten Wahl die Regierungsgewalt übertragen.

Selbst die harmloseste Panne in einem Kernkraftwerk und jedes Hochwasser wo auch immer in der Welt findet sofort den Weg in die Fernsehnachrichten. Nach deren Bekanntgabe tauchen dann dort als Experten für Kernenergie oder Klima vorgestellte Vertreter von Greenpeace oder dem BUND auf, um vor den Gefahren der Atomtechnik oder des Klimawandels zu warnen.

Die Diskussionen verkommen bis heute sowohl bei der Energiewende als auch bei allen anderen Tabuthemen sehr schnell zur Zurschaustellung von Prinzipien und sind häufig nichts anderes als die Proklamation seiner Zugehörigkeit zu einer vorherrschenden Glaubensrichtung. Das Ergebnis ist die geistige Monotonie einer Glaubensgemeinschaft, in der kein Widerspruch geduldet oder zur Kenntnis genommen, geschweige denn sachlich diskutiert wird. Die Diskussion über Fukushima kann als Beispiel dienen. Etwa zwei Drittel der Meldungen in den europäischen Medien erfolgten in Deutschland. Die Diskussion verlief nach dem bekannten Schema und Kritik an der offiziellen Linie wurde in der Berichterstattung der Medien ignoriert oder als verantwortungslos stigmatisiert.

Eine lebendige Demokratie braucht aber den Wettbewerb der Meinungen. Die Folgen des Verzichts hierauf sind Konformität und Uniformität des Denkens mit der Konsequenz, dass man sich – wie bei der Energiewende – in eine Sackgasse manövriert oder unfähig wird, die Widersprüche im persönlichen Verhalten und zur eigenen Moral zu erkennen. So importieren wir bei durch die Abschaltung deutscher Kernkraftwerke entstehenden Versorgungslücken Atomstrom aus Frankreich und Tschechien, ohne moralische Skrupel darüber zu empfinden, dass wir damit die von uns so gefürchteten Risiken der Kernenergie jetzt für uns von den Menschen in den Exportländern tragen lassen. Viele von denen, die gegen Kohlekraftwerke und für den Klimaschutz sind, kämpfen auch gegen den Bau neuer Gaskraftwerke mit erheblich geringeren Treibhausgasemissionen oder Pumpspeicherkraftwerke im Schwarzwald zur Speicherung von Wind und Sonnenenergie.

Dieses widersprüchliche Verhalten ist das Ergebnis einer von Vernunft unbeeinflussten und den Medien geförderten moralischen Eifers der, wie in der Geschichte wiederholt geschehen, sehr schnell in eine totale Irrationalität mit fatalen Folgen übergehen kann. Zu diesen Folgen zählen eine verminderte Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft und wachsende Rückstände im Vergleich zum Ausland bei der wissenschaftlichen Forschung z.B. in Bereichen wie Gen- oder Kerntechnik.

III Klima- und Energiepolitik

Neben der friedlichen Nutzung der Kernenergie ist der Klimawandel auch ein Diskussionsgegenstand, mit dem sich die Zerstörung der Natur durch die Industriegesellschaft thematisieren und das Sendungsbewusstsein, sie zu retten, moralisch aufladen lässt. Dabei folgt die überwiegende Zahl der Journalisten und Politiker der Annahme des Weltklimarates der UNO (INTERGOVERNMENTAL PANEL OF CLIMATE CHANGE / IPCC) und der mit ihm zusammenarbeitenden Wissenschaftlern, wonach die Erwärmung der Erdatmosphäre durch die mit Beginn des Industriezeitalters einsetzende vermehrte Abgabe von Treibhausgasen wie Kohlendioxid (CO₂), Methan (CH₄) oder Lachgas (N₂O) verursacht wird. Diese sollen einen Teil des auf die Erde fallenden Sonnenlichts, das als infrarote Wärmestrahlung in das Weltall reflektiert wird, absorbieren und so die Atmosphäre aufheizen.

Bei der Diskussion über den Klimawandel wiederholt sich das, was bei der über das Waldsterben geschah. Es kommen fast ausschließlich Wissenschaftler in den Medien zu Wort, die die Auffassung von dem durch die Menschheit verschuldeten Klimawandel vertreten. Andere, die auf den Einfluss der Sonne durch deren Gaseruptionen (Sonnenflecken), oder die in der Erdgeschichte vor dem Industriezeitalter wiederholt aufgetretenen und durch Pflanzen- und Tierfunde nachgewiesenen Temperaturschwankungen hinweisen, und die deshalb vorsichtig mit eindeutigen Schlussfolgerungen sind, werden nicht gehört oder sehen sich Kampagnen

deutscher ‚Klimaschützer‘ ausgesetzt, bei denen der Vorwurf der Verantwortungslosigkeit noch die mildeste Form der Kritik ist.

Dabei wäre eine breite öffentliche Diskussion über die Ursachen des Klimawandels dringend erforderlich, weil schon die rot-grüne Bundesregierung mit Bundeskanzler Schröder von der Annahme des durch die Menschen verursachten Klimawandels ausging und hieraus eine Politik mit Klimaschutzziele herleitete, die tief greifende Folgen für die Wirtschaft aber auch für den Einzelnen haben.

Ziele dieser Politik waren der Ausstieg aus der Kernenergie bis Ende 2022, der Ausbau der erneuerbaren Energien und die Förderung der Energieeffizienz. Die damalige Oppositionsführerin, Angela Merkel, war gegen einen kurzfristigen Atomausstieg unter Hinweis auf den Klimaschutz und den CO₂-freien Betrieb der Kernkraftwerke sowie die fehlende Stromleitungskapazitäten zur Versorgung Süd- und Westdeutschlands mit Off-Shore-Windenergie. Mit der Übernahme der Regierungsverantwortung durch die CDU, CSU und FDP wurde dann auch folgerichtig vom Bundestag beschlossen, die Laufzeit der 17 deutschen Kernkraftwerke, um durchschnittlich 12 Jahre bis 2035 zu verlängern.

Die Bundesregierung und der Bundestag haben unter dem Eindruck der durch ein Seebeben und einen Tsunami am 12. März 2011 ausgelösten Reaktorkatastrophe in Fukushima beschlossen, acht der älteren Kernkraftwerke sofort und die verbleibenden neun schrittweise bis 2022 abzuschalten. Gleichzeitig verabschiedeten die Bundesregierung und der Bundestag ein Programm mit dem Ziel, den Anteil der erneuerbaren Energien an der Stromversorgung von derzeit 20 Prozent auf 40 Prozent im Jahr 2020, auf 50 Prozent 2030 und bis 2050 auf 80 Prozent zu erhöhen.

Den Entscheidungsprozess beurteilt Dr.-Ing. Günter Keil (Autor des Buches: „Die Energiewende ist schon gescheitert“) in einem Interview mit Freie Welt.net (27.07.2013) wie folgt:

Freie Welt.net

Der „Atomausstieg“ ist wesentlicher Teil der Energiewende. Wie beurteilen Sie die fachliche Kompetenz der „Ethik-Kommission“ deren Votum als Grundlage für den Ausstiegsbeschluss genommen wurde?

Keil:

Die Ethik-Kommission wurde von Frau Merkel zur Neutralisierung des für sie höchst unangenehmen Votums der Reaktorsicherheits-Kommission RSK erfunden und dafür instrumentalisiert.

Die RSK hatte nach dem Fukushima-Unfall allen deutschen Kernkraftwerken ein hohes Sicherheitsniveau bescheinigt. Im internationalen Vergleich stehen sie auch hervorragend da, was nicht zuletzt der ständigen, von den deutschen Regierungen geforderten und vollzogenen sicherheitstechnischen Nachrüstungen zu verdanken ist.

Die Ethik-Kommission enthielt keinen einzigen Energieexperten, dafür aber zwei Bischöfe. Bei auch nur geringer Fähigkeit zur Selbstkritik und angesichts der ihr zugedachten offensichtlichen Rolle als Anti-RSK hätten diese Personen eigentlich diese Zumutung zurückweisen müssen.

Statt dessen spielte diese kenntnislose Gruppe brav ihre Rolle und lieferte die gewünschte Stellungnahme ab. Allem Anschein nach auch noch stolz auf ihre Bedeutung.

Tatsächlich aber war das ein Tiefpunkt für alle beteiligten und ein dunkles Kapitel deutscher Energie- und Umweltpolitik.

Eine erfolgreiche Energiepolitik muss langfristig konzipiert sein und hat sich an den Realitäten zu orientieren. Eine der Realitäten ist die technische und wirtschaftliche Ineffizienz der Erneuerbaren Energien. Für die Effizienz ist neben der Verfügbarkeit, also der dauernden Versorgungssicherheit, u.a. auch das Verhältnis zwischen gewinnbarer Energiemenge pro Fläche wichtig. Wie ineffizient Windanlagen sind zeigt, folgendes Beispiel: Eine durchschnittliche Windanlage von einem Megawatt (MW) erzeugt unter unseren Wetterbedingungen 1,75 Mio. Kilowattstunden (kWh) im Jahr. Um 130 Mrd. kWh aus den bisher betriebene 17 deutschen Kernkraftwerken zu ersetzen, müssten über 70.000 Windanlagen gebaut werden [9]. Hinzu kommt, dass im sonnenarmen Deutschland und an windstillen Tagen die Sonnenkollektoren und Windkraftanlagen keine Energie liefern und deshalb unrentabel sind; im Durchschnitt erzeugen sie Strom nur in weniger als 20% der Zeit. In dieser Zeit anfallender Überschussstrom müsste gespeichert werden, was aber nicht möglich ist, denn die notwendige Speicherkapazität ist nicht vorhanden. Es ist für dieses Problem keine Lösung in Sicht und schon gar nicht praktisch erprobt. Dass man eine Energiewende mit ehrgeizigem Ziel beginnt, in Kenntnis der kurzen Produktionszeiten der Erneuerbaren und der fehlenden Speicherkapazitäten, muss jeden fassungslos machen, der die geforderte Versorgungssicherheit prüfen und nachweisen möchte.

Um finanzielle Anreize zu bieten, wurde zur Zeit der rot-grünen Bundesregierung vom Bundestag das EGG verabschiedet. Es bestimmt, dass die „Ökoenergie“ vorrangig in das Stromnetz eingespeist und mit überhöhten Preisen bezahlt werden muss. Während die Großhandelspreise für konventionell erzeugten Strom zwischen 3 und 5 Cent pro kWh liegen, müssen Netzbetreiber nach dem letzten vom Bundestag beschlossenen reduzierten Tarif für Strom aus Biomasse zwischen 10,23 und 7,8 Cent, für Windenergie an Land 9,02 und auf See (Off-Shore) bis zu 19 Cent je kWh zahlen. Die Preise für die Einspeisung von Solarstrom betrugen zu Beginn der Förderung 50,62 Cent; im Zuge der im EGG vorgesehenen Degression werden zur Zeit 24 Cent je kWh vergütet..

Diese verminderten Einspeisungsvergütungen gelten für die künftig zu errichtenden Anlagen. Für den Strom aus den in der Vergangenheit eingerichteten Anlagen gelten unverändert die anfangs festgelegten höheren Vergütungen, die für 20 Jahre garantiert bleiben. Diese Preise geben die Energieversorgungsunternehmen (EVU) oder Netzbetreiber an ihre Stromkunden weiter.

Die Politik fördert mit den garantierten Subventionen die Nachfrage nach einer ineffizienten Technik. Unser Wohlstand beruht jedoch auf der technologischen Effizienz unserer Produktion. Grundlage für die fortschreitende Effizienz ist der Wettbewerb bei der Produktion von Gütern. Wird eine neue Technologie eingeführt, die die gleiche Menge mit weniger Arbeitskräften herstellt, gehen zwar Arbeitsplätze verloren, die mit dem verringerten Aufwand produzierten Güter werden aber auch billiger. Der Wettbewerb sorgt dafür, dass die geringeren Kosten zu einem erheblichen Teil an die Kunden weitergegeben werden. Die dadurch freiwerdende Kaufkraft wird von den Kunden zum Kauf anderer Produkte verwendet, deren Produktion neue Arbeitsplätze schafft.

Bei der Stromerzeugung aus regenerativen Energiequellen fällt dieser Effekt weg, denn die Politik nötigt die Kunden, durch die Zahlung von hohen Einspeisungsvergütungen eine ineffektive Technik zu fördern. Hier wird nicht durch Rationalisierungserfolge Kaufkraft frei, sondern durch die Erhöhung des Strompreises Kaufkraft gebunden. Das Geld, das für die erhöhten Stromkosten ausgegeben wird, steht für den Kauf anderer Produkte nicht mehr zur Verfügung. Wenn also die Befürworter der Regenerativen Energien immer wieder auf die neuen Arbeitsplätze hinweisen, die in der Wind- oder Solarindustrie entstehen, muss gegen-

gerechnet werden, wie viele Arbeitsplätze durch den Rückgang der Kaufkraft verloren gehen [10].

Der Vorrang des Ökostromes bei der Einspeisung in's Stromnetz und die überhöhten und garantierten Einspeisevergütungen machen die „Erneuerbaren“ für ihre Produzenten zu sprudelnden Geldquellen. So muss an sonnenreichen Tagen die reichlich anfallende, aber besonders teure Solarenergie vorrangig eingespeist und vom Kunden abgenommen werden, während Kohle-, Gas- oder Kernkraftwerke runter gefahren werden müssen, obwohl ihr Strom wesentlich preisgünstiger ist. Die Folgen dieser Politik kann jeder auf seiner Stromrechnung ablesen.

Die Subventionen für die Energieerzeugung aus Sonne, Wind, und Biomasse lagen 2012 bei insgesamt 17 Mrd. Euro, obwohl ihr realer Marktwert nur 3 Mrd. betrug. Allein die derzeit in Deutschland vorhandenen Solaranlagen werden in den nächsten 20 Jahren mit 100 Mrd. Euro subventioniert werden, obwohl die Solarenergie gegenwärtig nur 0,5 Prozent der Energienachfrage deckt. Umgekehrt wird Solarstrom unentgeltlich exportiert, wenn mehr anfällt als abgenommen wird. Der Subventionsbedarf wächst immens:

- Für die Solar- und Windenergie sind teure Baumaßnahmen erforderlich, denn es fehlen Leitungen für den Transport des Windstromes von Nord- nach Süddeutschland
- Das Problem der Stromspeicherung ist noch völlig ungelöst, denn Wind- und Solarstrom werden nur in ca. 20% der Zeit erzeugt; die vorhandenen Speicherkapazitäten reichen nur für wenige Prozent des Bedarfes und auch dafür nur für wenige Stunden.
- Kohle- und Gaskraftwerke müssen einen finanziellen Ausgleich erhalten, da sie einerseits durch den Vorrang des Stromes aus den Erneuerbaren unrentabel geworden sind, andererseits aber bei Windstille oder bedecktem Himmel als Reservekraftwerke gebraucht werden [11].

Infolge des bisherigen Kostenanstiegs erhöhte sich die von den Kunden zu zahlende Ökostromumlage von 3,59 auf 5,287 Cent pro Kilowattstunde (kWh). Eine Durchschnittsfamilie wird folglich mit 110 bis 120 Euro im Jahr belastet. Die hohen Energiekosten gefährden Arbeitsplätze besonders in energieintensiven Industriebranchen wie Stahl-, Aluminium-, Papier-, Zement- und Chemie-Industrie. Laut einer Umfrage der Deutsche Industrie- und Handelskammer will jeder fünfte Betrieb aus dieser Branche Arbeitsplätze ins Ausland verlagern oder hat es schon getan [12]. Um dieser Gefahr zu begegnen, wurden viele energieintensive Betriebe von der Ökoumlage ganz oder teilweise befreit, was wiederum zu weiteren Strompreiserhöhungen bei den übrigen Stromkunden führte.

Diese aus der Kontrolle geratene Entwicklung sollte uns veranlassen kritisch zu fragen, ob Deutschland bei seinem Anteil von nur 3,1 Prozent an den weltweiten Treibhausgasemissionen mit seiner Voreiterrolle in der Klimapolitik einen entscheidenden Beitrag zur Eindämmung der durch den Klimawandel drohenden Gefahren leisten kann, wenn Länder wie China, Indien oder die USA mit ihren weitaus höheren Anteilen an den Treibhausgasemissionen sich weigern, dem deutschen Vorbild zu folgen.

Die weltweiten Kohlendioxydemissionen erreichten 2012 mit 33,9 Mrd. Tonnen den höchsten Stand. In Indien sind die Emissionen seit 1990 um 198 Prozent gestiegen. China emittiert jedes Jahr 280 Prozent mehr CO₂ in die Atmosphäre. Von 2010 bis 2011 stiegen die Kohlendioxydemissionen in China um die Menge des gesamten deutschen Kohlendioxydausstoßes. Deutschland gibt Hunderte Milliarden Euro für den Ausbau der erneuerbaren Energien aus. Der dadurch erreichte Emissionsrückgang entspricht dem Anstieg der chinesischen Emissionen in nur 19 Tagen. Der Direktor Bjorn Lomborg des COPENHAGENER CONSENSUS CENTER,

eines Instituts, in dem mit Ökonomen und Nobelpreisträgern Strategien für effektive Entwicklungshilfe erarbeitet werden, hat berechnet, dass „*der durch den Ausbau der erneuerbaren Energien erreichbare Emissionsrückgang in Deutschland mit jährlich etwa 129 Mio. Tonnen CO₂ zu einer Temperaturabsenkung von weniger als 0,001 Grad Celsius bis zum Ende des Jahrhunderts führen und den Temperaturanstieg um nur 16 Tage verzögern wird*“ [13].

Dementsprechend stellt sich die weitere Frage, ob die Erfolglosigkeit der deutschen Anstrengungen gegen die angeblichen Gefahren des Klimawandels noch in einer hinnehmbaren Relation steht zu den verursachten Kosten für die Bevölkerung und den negativen Folgen für die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Wirtschaft.

Bei der Antwort auf diese Frage weisen die Befürworter der deutschen Energiepolitik auf das rapide Wachstum der Weltbevölkerung und deren steigenden Energiebedarf hin. Dieser wiederum – so die weitere Argumentation – würde bei den nur begrenzt zur Verfügung stehenden fossilen Ressourcen zu einem Anstieg der Preise der aus fossilen Rohstoffen produzierten Energie führen, das Preisniveau der alternativen Energien erreichen und schließlich den Rest der Welt veranlassen, dem deutschen Vorbild zu folgen.

Nun haben sich alle bisherigen Voraussagen zu den noch verfügbaren Ressourcen regelmäßig als falsch erwiesen. Die Entdeckung riesiger Erdölvorkommen beispielsweise in Utah (USA), vor der brasilianischen Küste und in der Arktis widerlegt solche Voraussagen. In North Dakota, im so genannten Bakkenmassiv und in anderen Gebieten der USA, ist tief unter der Erdoberfläche gas- und ölhaltiger Schiefer entdeckt worden, aus dem mit dem Fracking-Verfahren Gas und Öl gelöst und gefördert wird. Die USA haben mit dieser Methode ihre Schiefergasförderung von 23 Mio. im Jahr 2000 auf 712 Mio. Kubikmeter pro Tag in 2012 gesteigert. Schiefergas ist als Energielieferant im Vergleich zu den Kosten der alternativen Energien wesentlich preisgünstiger. Fracking hat die Gaspreise in den USA um 75 Prozent fallen lassen. Außerdem ist Erdgas klimafreundlicher als Kohle, weil bei seiner Verbrennung weniger CO₂ in die Atmosphäre emittiert wird. In den USA lieferte Kohle in 2007 noch die Hälfte der Energie, der Umstieg auf Gas senkte den Kohleanteil auf 32%. Das führte nach Berechnungen des Energieexperten David Victor von der Universität California in San Diego zu einem Rückgang der CO₂-Emissionen um 400 bis 500 Mio. Tonnen. Damit ist in USA die CO₂-Reduktion doppelt so groß wie sie nach dem Kyoto-Protokoll für die EU-Klimapolitik vereinbart wurde [14].

Die fossilen Ressourcen werden eine Option zu den erneuerbaren Energien bleiben und mit ihnen im Hinblick auf Effektivität und Kosten konkurrieren. Wegen ihrer weitaus größeren Energiedichten und ihrer ständigen Verfügbarkeit werden sie gewinnen bzw. die erneuerbaren Energien unterliegen. Schließlich ist preiswerter Strom für die Bevölkerung in den Entwicklungs- und Schwellenländern ein entscheidender Faktor für die Überwindung der dort noch vorhandenen Armut. Verständlicherweise möchte man in einem vergleichbaren Wohlstand leben wie ihn die Bevölkerung der Industrieländer schon lange genießt. Und ebenso wollen sich die Menschen in den Industrieländern diesen Wohlstand erhalten und mehren.

Die Frage ist, wann die fossilen Ressourcen tatsächlich erschöpft sein werden, und ob und wie schnell sich vorher die Reaktortechnik für Kernkraftwerke so weit entwickelt haben wird, dass ihre bisherigen Schwachstellen und Betriebsrisiken überwunden sein werden. Die jetzt schon erkennbaren Entwicklungsfortschritte sind ermutigend, und das ist deshalb für die Stromversorgung der Menschheit wichtig, weil Kernbrennstoffe eine um den Faktor 100.000

größere Energiedichte haben als die fossilen Brennstoffe. Und preiswerte Energie wird für die noch weiter wachsende Bevölkerung der Erde zur wichtigsten Voraussetzung werden – ob es um die Entsalzung von Meerwasser zur Erzeugung von Trinkwasser oder um die Produktion von Düngemitteln für die Produktion von mehr Nahrungsmitteln geht, Energie ist der Schlüssel für die Existenz der künftigen Generationen. Der Nobelpreisträger für Physik Robert B. Laughlin schreibt hierzu in seinem Buch *DER LETZTE MACHT DAS LICHT AUS. DIE ZUKUNFT DER ENERGIE* :

*„Wahrscheinlich wird die Lage der von heute gleichen, nur dass die Preisobergrenze nicht mehr durch Kohle und Gas, sondern durch Kernbrennstoff definiert wird. Diese noch sogenannte Plutoniumwirtschaft *) ist für viele Menschen ein Alptraum und ein spezielles Ziel für eine Menge antinuklearer politischer Aktivitäten von heute. Doch so lange sich die Welt der Kerntechnik nicht vollständig entledigt, was höchst unwahrscheinlich ist, wird der Nuklearstrom im Hintergrund präsent bleiben, auch wenn gewählte Regierungen das abstreiten, und bereitstehen das wirtschaftliche Vakuum zu füllen, das der Rückzug von Kohle und Öl hinterlassen wird. Folglich ist die Plutoniumwirtschaft nicht zu vermeiden“ [15].*

*) Den Alptraum der Plutoniumwirtschaft wird es nicht mehr geben, wenn andere Reaktortypen verfügbar sind, die sich in der Entwicklung befinden [16].

Zusammenfassend lässt sich feststellen :

Es gibt neben den alternativen Energien für die nahe und ferne Zukunft eine Reihe anderer Optionen. Die Regierungen in Ländern wie China, Indien, USA oder auch Großbritannien halten sich bei der von ihnen konzipierten Energiepolitik alle Optionen offen. China z. B baut und betreibt zwar auch Anlagen zur Stromgewinnung aus erneuerbaren Energien, will seinen Energiebedarf aber auch in Zukunft vorrangig aus fossilen Ressourcen und Kernenergie decken. China und andere Staaten versuchen fossile Energieressourcen, die sie nicht im eigenen Land besitzen, durch Verträge mit Staaten zu sichern, die darüber verfügen. Die Frage ist, warum die deutsche Energiepolitik überwiegend auf die Ökoenergie setzt und sich nicht auch alle Optionen offen hält, zumal die Bundeskanzlerin Angela Merkel noch vor einiger Zeit für „*einen vernünftigen Energiemix*“ geworben und davon, im Gegensatz zu fast allen anderen Regierungen, unter dem Eindruck der Reaktorkatastrophe von Fukushima Abstand genommen und die erneuerbaren Energien zum wesentlichen Bestandteil ihrer als Energiewende bezeichneten Energiepolitik gemacht hat.

Diese Politik lässt sich nur als ängstliche Reaktion auf ein von der Vernunft unbeeinflussten und den Medien geförderten moralischen Eifer in Teilen der deutschen Bevölkerung erklären. Wie in der Geschichte wiederholt geschehen, kann solch' Eifer sehr schnell in eine totale Irrationalität mit fatalen Folgen übergehen. Zu diesen Folgen zählen eine verminderte Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft und wachsende Rückstände im Vergleich zum Ausland bei der wissenschaftlichen Forschung z.B in Bereichen wie Gen- oder Kerntechnik.

IV Die Gefahren des digitalen Zeitalters

Wer über die Macht der Medien spricht, kann mit dem Eintritt in das digitale Zeitalter die zunehmende Nutzung von Online-Foren und der Nachrichtenportale auf YOU TUBE, FACEBOOK, TWITTER nicht unerwähnt lassen, die insbesondere durch die jüngeren Altersgruppen zwischen 15 und 35 Jahren erfolgt. Hier gibt es keine Monopole in der Meinungsbildung, sondern jeder kann Sender von Nachrichten oder Kommentaren und deren Empfänger

sein, ohne zu wissen, ob diese schnell vergessen sind oder damit eine riesige Diskussion und ein Proteststurm ausgelöst wird. Dass das neue Medium in der Lage ist, die Macht der demokratisch kontrollierten Institutionen wie Regierungen und Parlamente einzuschränken und politische Entscheidungen durch kurzfristig über das Internet ausgelöste und auf die Straße getragene Massenproteste unmöglich zu machen, bewies der Streit um das Handelsabkommen Acta, das den Schutz des Urheberrechts für in das Netz gestellte geistige Werke sicherstellen sollte. Der Gesetzentwurf zu diesem Abkommen löste den im Netz über die Suchmaschinen verbreiteten tausendfachen Aufschrei aus : *Keine Zensur*, der dann von Facebook in die Massenmedien und von dort auf die Strasse führte. Bundesjustizministerin Sabine Leutheuser-Schnarrenberger zog den in das Kabinett eingebrachten Gesetzentwurf daraufhin zurück. Ursula von der Leyen musste sich für ihre Forderung nach Kinderpornosperrern im Internet als ZENSUR URSULA bezeichnen lassen und ihre Absicht ebenfalls unter dem Protest von zahlreichen Netzaktivisten aufgeben.

Bei den Debatten im Internet herrscht häufig ein rüder Ton, der viel drastischer und verletzender als der im persönlichen Gespräch ist und überwiegend unter dem Schutz der Anonymität risikofrei geäußert wird. Das Netz als Ventil für die Wut gegen jeden, der in der Politik aktiv ist oder eine nicht gebilligte Meinung vertritt, bedeutet das Ende jeder Debattenkultur und die Zunahme eines unkontrollierten Einflusses, sich gegen eine Person oder für ein Thema wie die Zensurfreiheit zusammenrottender Netzbenutzer, die irgendwann wieder im Nichts verschwinden, aus dem sie kamen und damit in die Verantwortungslosigkeit abtauchen. Diese Entwicklung macht die Politiker nicht nur hilf – sondern auch orientierungslos. Sie zwingt sie zu ständigem Kurswechsel und häufig zum Verzicht auf sachkundige Entscheidungen.

Quellennachweis :

- [1] Freie Universität Berlin, Studie die Politikjournalistinnen und -journalisten vom 20.5. 2010
- [2] DIE ZEIT vom 22.10. 1993
- [3] Sarah Wagenknecht: Marxismus und Opportunismus – Kämpfe in der sozialistischen Bewegung. Gestern und heute. Weißenseer Blätter 4, Seite 12-26.
- [4] Jan Fleischhauer: Der Schwarze Kanal, Utopie und Terror. Seite 13 ff.
- [5] DER SPIEGEL vom 14. 2. 1983
- [6] zitiert im Buch von Thea Dorn und Richard Wagner: Die deutsche Seele, S. 487, Verlagsgruppe Random House, 7. Auflage
- [7] DER SPIEGEL vom 10.11. 2008, Seite 190 ff.
- [8] Thea Dorn und Richard Wagner: a.a.O., Seiten 192, 193 und 197,
- [9] Prof. Dr. U. Schindewolf und Dr. J. Honke zum Thema Kernenergie im Bunsen – magazin, 12 Jahrgang 1 / 2010, Seite 29 ff.
- [10] Prof. Dr. H.W. Sinn: Das Grüne Paradoxon, Econ -Verlag Berlin, Seite 187
- [11] DER SPIEGEL vom 16.1.2012, Seite 18ff; vom 27.8.2012, Seite 28 ff; vom 18.3.2013, Seite 122 ff.
- [12] DER SPIEGEL vom 18. 2. 2012, Seiten 77 bis 78
- [13] DER SPIEGEL vom 18. 3. 2013, Seite 122 ff.
- [14] DER SPIEGEL vom 18. 3. 2013 Seite 122 ff.
- [15] Robert B. Laughlin: Der Letzte macht das Licht aus, Piper Verlag GmbH München 2012, Kapitel 6, Seite 124
- [16] Greaves E.D.: Thorium als Kernbrennstoff im Flüssigsalzreaktor. Neue Solidarität, Nr. 29, 3.6.2013